Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Brauhausstr. 17. Filialen-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4699.

Nr. 110. Halle, Donnerstag den 10. März 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Entscheidung in Berlin kaum vor Montag.

Lahmlegung des Geschäftslebens im besetzten Gebiet — Die Amerikaner gehen nicht über den Rhein
Verschiebung der Regierungsbildung in Preußen.

Verlegenheiten in London?

Nach einem Telegramm aus London veröffentlicht Reuter eine Note, in der besonders hervorgehoben wird, daß Lloyd George gestern auf gewisse Kommentare der französischen Presse hingewiesen habe, in denen gesagt wurde, daß die Errichtung einer neuen Zollgrenze am Rhein als der Anfang, wenn nicht der Annexion der Rheinlande, so doch als eine ernstere Trennung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland aufgefaßt werde. Aus diesem Grunde scheint es, daß ein gewisser Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich die letzten Entscheidungen der Londoner Konferenz als einen Erfolg der separatistischen Tendenz auffaßt. Lloyd George habe ferner gesagt, obwohl er volles Vertrauen zu Briand habe und auch zur Vernunft der Mehrheit seiner Landsleute und obwohl er Versicherungen Clemenceaus sowie von Millerand besitze, müsse er dennoch eine neue und endgültige Versicherung des Ministerpräsidenten Briand erhalten, daß Frankreich weder eine Annexion noch die Autonomie der Rheinlande ins Auge fasse. Ministerpräsident Briand habe formell erklärt, daß unter den verantwortlichen französischen Staatsmännern kein derartiger Gedanke geherrscht habe, und er habe hinzugefügt, es gebe unter hundert Franzosen nicht fünf, die von etwas derartigem träumten. Lloyd George habe in seiner Antwort gesagt, er sei sehr glücklich über diese Versicherungen. Er habe hingefügt, daß er persönlich niemals einen Zweifel über die Haltung des französischen Ministerpräsidenten nach dieser Richtung gehabt habe.

Daß trotz allen Gegenversicherungen Briands tatsächlich mit dem Gedanken der Annexion der Rheinlande in Paris gespielt wird, ergibt sich einwandfrei aus der Haltung der Pariser Zeitungen. Wie in der gesamten nichtsozialistischen Presse Frankreichs, so wird auch im Parlament bereits die Parole ausgegeben, daß die gestern vollzogene Besetzung rechtsrheinischen Gebietes nur als ein erster Schritt auf dem Wege zur weiteren Gebietsbesetzung hingenommen werden könne und daß die französischen Truppen unter keinen Umständen aus Düsseldorf zurückgezogen werden dürften, selbst wenn schließlich Deutschland die Pariser Bestimmungen unterschreiben sollte. Mit besonderem Eifer hat Poincare gestern in den Wandelgängen des Senats für die Forderung der Annexionspartei Stimmung gemacht. Selbst wenn Deutschland seine Unterschrift unter die Pariser Abmachungen setzen würde, so hätte diese doch nur solange einen Wert, als Frankreich sein neues Pfand in der Hand behalte. Poincare hält es für sehr bedauerlich, daß die Londoner Konferenz auf die sofortige Hinausschiebung der im Versailler Vertrag festgesetzten Räumungsfristen verzichtet habe.

Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera" macht bemerkenswerte Mitteilungen über die tieferen Ursachen des Scheiterns der Londoner Konferenz. Danach wäre es vor allem der Unsicherheit des letzten deutschen Angebotes wegen des fünfjährigen Aufschubs der Festsetzung der Entschädigungssumme zuzuschreiben, wenn Lloyd George sich schließlich auf die Seite Frankreichs gestellt habe. Briand sprach überdies die Vermutung aus, daß den Deutschen die Anwendung von Gewaltmaßnahmen nicht ungelegen komme, um gegenüber der öffentlichen Meinung die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf Grund von annehmbaren Unterlagen zu rechtfertigen. Lloyd George war auch aus innerpolitischen Gründen für die französischen Absichten, da die englische Regierungskoalition Lücken aufweist, wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben. Der englische Ministerpräsident war daher bemüht, sich die Unterstützung der franzosenfreundlichen Konservativen mit dem früheren Botschafter Lord Derby an der Spitze und der Northcliffe-Presse zu sichern. Trotzdem hat er bis zum letzten Augenblick mit seinem Einverständnis zu den Strafmaßnahmen gezögert. Noch in der Nachmittagssitzung nach der langen Rede Dr. Simons' sagte er wörtlich: Ich bin mit dem Grafen Sforza der Ansicht, daß die Stellung der Alliirten etwas schwach ist, ich habe aber den Spruch getan und ein Zurück ist unmöglich. Bevor die Deutschen herangenaht seien, hatte sich Graf Sforza über das Törichte der Zwangsmaßnahmen geäußert. Ebenso gab Lloyd George seinen Bedenken Ausdruck und zweifelte am Erfolg der Maßnahme. Der belgische Minister Jaspar trat restlos für die französischen Ansprüche ein, indem er sie als ausgezeichnet schilderte und sein Vorgehen mit der Erklärung begründete, Deutschland suche ein Mittel, um die Grundlagen des Versailler Vertrages umzuwerfen. Dann hielt Lloyd George die Schlußrede und damit war der Abbruch der Verhandlungen offenbar.

Wie Pertinax mitteilt, hat die gestrige Verhandlung in London ergeben, daß weder Belgien, noch Italien, noch Japan die ernste Absicht haben, die Maßnahmen hinsichtlich der Beschlagnahme eines Teiles des Verkaufswertes der deutschen Einfuhrwaren durchzuführen. Die Belgier hatten auf ihren Transitverkehr hingewiesen, der für den Hafen in Antwerpen nötig sei. Infolgedessen sei beschlossen worden, hinsichtlich der Ausführung dieser Maßnahmen eine weitherzige Auslegung zuzulassen. Es wurde ferner bestimmt, daß jedes Land den Betrag dieser Steuer für sich erheben soll. Endlich ist beschlossen worden, die jetzt besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in die Rhein-Zollgrenze einzuschließen. Diese Zollgrenze soll verschwinden, sobald die Truppen aus den genannten Städten zurückgezogen werden.

Die „Union of Democratic Control" bezeichnet in einer Erklärung die Anwendung von Strafmaßnahmen gegen Deutschland als einen verhängnisvollen Schritt gegen die Wiederherstellung Europas und fordert 1., daß die Politik Englands nicht von der französischen Regierung diktiert werde, 2. daß die gesamte Reparationsfrage entweder einem Sachverständigenausschuß der Reparationskommission oder einem Ausschuß, der vom Völkerbunde ernannt werden soll, oder andernfalls Amerika zur schiedsgerichtlichen Entscheidung unterbreitet werden solle, 3. daß keine Politik verfolgt werden dürfe, die verantwortliche und stetige Regierungen in Deutschland und Mitteleuropa unmöglich mache. Die Erklärung ist u. a. unterzeichnet von Trevelyan, Ramsay, Macdonald, Ponsonby und Mr. Snowden.

„Manchester Guardian" bezeichnet den Vormarsch der alliierten Truppen als eine Kriegshandlung, da mit Deutschland Frieden herrsche und kein Vertrag oder Abkommen bestehe, der den Alliierten das Recht gebe, in deutsches Gebiet einzudringen. Es sei ein Akt reiner Gewaltanwendung.

Die Haltung Deutschlands kann demgegenüber garnicht schwankend sein. Wie verlautet, dürfte eine endgültige Entscheidung in der politisch-parlamentarischen Situation kaum vor Montag eintreten. Auch Minister Simons hat erst gestern abend Gelegenheit gefunden, dem Reichskabinett sein persönliches Vorgehen auf der Londoner Konferenz zu begründen. Man ist der Auffassung, daß das Reichskabinett Dr. Simons decken wird, weil ein Ueberschreiten seiner Vollmacht tatsächlich in Frage kommen könne, zumal Dr. Simons in erster Linie durch seine Gegenvorschläge erreichen wollte, daß die Londoner Verhandlungen vor dem Abbruch bewahrt bleiben sollten. Auch gehe der Vorschlag Dr. Simons keineswegs so weit, die Pariser Beschlüsse in ihrer unerträglichen Form anzuerkennen. Diese Gründe dürften das Reichskabinett veranlassen, den Minister Simons gegenüber den Angriffen der parlamentarischen Parteien in Schutz zu nehmen. Weit wichtiger als diese Frage ist aber die Notwendigkeit, zur Klärung der Lage zu gelangen.

Die Parteien des Reichstages sollen erst am Montag ihre Entscheidung der Regierung bekanntgeben. Die Regierung schätzt vor, noch eine kurze Frist abzuwarten, um die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen zu prüfen, die jedoch, wie ausdrücklich betont werden muß, sehr gering ist. Ernster als man geglaubt hat, sieht die Situation dadurch aus, daß die Alliierten den Einmarsch bereits vollzogen haben und dadurch der Reichsregierung überhaupt keine Möglichkeit gelassen haben, auf Grund des Versailler Vertrages zu verhandeln. Die Botschafter von London, Paris und Brüssel werden am Freitag dem Kabinett Bericht erstatten.

Weitere Meldungen.

London, 10. März. Ein amtlicher Bericht besagt: Die Führer der alliierten Delegationen traten gestern nachmittag zusammen und regelten die verschiedenen Einzelheiten der Anwendung der Sanktionen auf Deutschland gemäß dem Rat der Sachverständigen. Man kam überein, daß die Sanktion erst aufgehoben wird, wenn eine befriedigende Lösung der Reparations-, Entwaffnungs- und Kriegsverbrecherfrage durch die Alliierten angenommen worden ist. Die Konferenz beauftragte den Oberkommissar der Alliierten in den Rheinlanden, einen italienischen Vertreter zur Teilnahme einzuladen, wenn wirtschaftliche Fragen, die sich aus der Anwendung der Sanktionen ergeben, zur Beratung stehen. Hierauf wurde die Erörterung über die Fragen betreffend Griechenland und die Türkei wieder aufgenommen.

London, 10. März. Reuter erfährt, daß das Gesetz zur Durchführung der Vorschläge betreffend die Abgabe von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren jetzt im Entwurf fertig ist. Gestern nachmittag beschäftigten sich die englischen, französischen, italienischen und belgischen Sachverständigen damit, ähnliche Maßnahmen für die anderen Länder zu entwerfen. Wie verlautet, sollen die Verhandlungen der Konferenz heute im Unterhause erörtert werden.

Paris, 10. März. Wie Havas meldet, sagt der Bericht über die gestrige Vormittagssitzung der Konferenz ausdrücklich, daß bis auf weiteres der Zoll in dem besetzten Gebiete nach dem gegenwärtigen deutschen Zolltarif erhoben wird.

London, 10. März. (Vom Sonderberichterstatter der Agence Havas.) Der Oberste Rat verhandelte gestern die Einzelheiten der Durchführung der Zwangsmaßnahmen und sandte zu diesem Zweck ein Telegramm an Herrn Tirard, den Vorsitzenden der interalliierten Rheinlandkommission. Die Zollgrenze am Rhein wird die drei Brückenköpfe und die drei erst jetzt besetzten Städte (Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort) in sich schließen und so etwas auf das rechte Rheinufer übergreifen. Die Festsetzung der Zollsätze für den Uebergang von dem einen Rheinufer auf das andere wird der Beurteilung durch die hohe Kommission überlassen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Die augenblickliche Wirtschaftslage des besetzten Gebietes wird vor allem durch die absolute Ungewißheit über das, was werden wird, gekennzeichnet. Weder von Berlin noch von Koblenz liegen Informationen oder Instruktionen vor. Niemand weiß, wann und in welcher Weise die zollpolitische Abschließung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland vor sich gehen und ob sie überhaupt in der angekündigten Art erfolgen wird. Im Augenblick ist äußerlich noch alles beim Alten. Der Verkehr ins unbesetzte Gebiet ist tatsächlich noch ganz unbehindert. Güter- und Personenzüge verkehren wie bisher. Der Rheinverkehr ist lediglich durch den wieder einmal niedrigen Wasserstand eingeschränkt. Trotzdem liegt naturgemäß die Aussperrung als eine lähmende Drohung über dem ganzen Wirtschaftsleben. Das Geschäft, das vorher schon still war, ist vollkommen ins Stocken geraten und niemand vermag über den nächsten Tag hinaus zu disponieren.

Die Besatzungsbehörde in Düsseldorf erließ eine Verordnung, wonach der Aufenthalt auf den Straßen von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh verboten ist. Die Straßenbahnen stellen infolgedessen um 9 Uhr abends ihren Betrieb ein. Auf Befehl des Oberkommandierenden Generals Degoutte muß die grüne Polizei in Düsseldorf auf 600 Mann verringert werden. Die Auswahl der Beamten, die hier bleiben dürfen, liegt in den Händen der Besatzungsbehörde.

Die Stadt Hamborn und der Kohlenhafen der August Thyssenhütte Swelgern wurden von Belgien besetzt und der Belagerungszustand erklärt. Es verlautet, heute wolle man auch Oberhausen besetzen.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Nach den bei der interalliierten Rheinlandkommission getroffenen Feststellungen sperrte diese lediglich die Zolleinnahmen an der Westgrenze durch Verordnung 77. Es ist aber nicht etwa beabsichtigt, die Bankdepots zu beschlagnahmen. Das in der Bevölkerung umgehende Gerücht entbehrt jeder Begründung. Ebenso besteht zur Zeit bei der Rheinlandkommission nicht die Absicht, die Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet aufzuheben.

In der Pirmasenser Schuhindustrie hat aus Anlaß der Ankündigung der Zollgrenze eine Hochflut des Schuhversands eingesetzt. Während der letzten Tage wurden bei den Pirmasenser Postämtern rund 6 bis 7000 Postpakete nach rechtsrheinischen Bestimmungsorten aufgegeben. Gestern stieg diese Zahl auf über 8000. Der Warenversand mit der Eisenbahn, mit Lastautos usw. in der Richtung nach der Westpfalz und der Saargrenze ist bedeutend gestiegen.

Die Amerikaner machen nicht mit.

Die englischen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Washington, das besagt, daß die amerikanischen Truppen am Rhein bleiben, bis die Reparationsfrage geregelt ist. Harding hatte die Absicht, sie sofort nach seinem Amtsantritt zurückzurufen, er glaubt aber, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Zurückziehung von den Alliierten ungünstig aufgenommen werden könnte. Immerhin werden die amerikanischen Truppen nicht an den weiteren Besetzungen teilnehmen.

Proteste.

Im Haushaltungsausschuß des württembergischen Landtages gab Staatspräsident Dr. Hieber eine Erklärung ab, in der er namens der württembergischen Staatsregierung gegen den Bruch des Friedensvertrages von Versailles durch die von den Alliierten vorgenommenen Sanktionen Verwahrung einlegte. Für den Haushaltungsausschuß verlas dann dessen Vorsitz über Dr. Wolff (Bauernbund) eine Entschließung, die mit allen gegen zwei Stimmen der USPD. angenommen wurde und in der es heißt, daß der Ausschuß die im ganzen Volke aufflammende Entrüstung über das jedem Recht Hohn sprechende Vorgehen der Westmächte gegen ein Volk, das unter unwahren Versprechungen wehrlos gemacht worden sei, teile.

In Essen wurde eine Versammlung von 18 000 Angehörigen folgender Verbände abgehalten: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine. Die Versammlung erhob gegen den Einmarsch der Alliierten Protest.

Der Deutsche Ostbund hat in der Angelegenheit der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert gerichtet:

Namens Hundert-tausender ostmärkischer Flüchtlinge begrüßen wir zustimmend die feste Haltung der Reichsleitung gegenüber den ungeheuerlichen Forderungen des Feindbundes. Diese würden unser Wirtschaftsleben zerrütten und dadurch den Flüchtlingsmassen den ohnehin schwierigen Wiederaufbau ihrer Existenz ganz unmöglich machen. Die deutschen Ostmärker, die selbst schwerste Bedrückung er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210310030/fragment/page=0001

führen, hofften, daß die deutschen Brüder im Westen in stolzer Selbstbehauptung sich mit den Lasten und Plagen der Besetzung abfinden werden. Die Einbundforderungen werden bewirken, daß bis auf den letzten Mann alles aufgeboten wird, Oberschlesien dem Reiche zu erhalten und dadurch sein Wirtschaftsleben und seine Wiederaufrichtung zu sichern. Durch Nacht zum Licht.

Protest in Essen.

Heute wurde hier eine Versammlung von 18 000 Angehörigen folgender Verbände abgehalten: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter und Angestellten und der Beamten der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Die Versammlung erhob gegen den Einmarsch der Alliierten Protest und nahm eine Entschließung an, die in folgenden Worten gipfelt: Die den unterzeichneten Organisationen angehörenden Arbeiter, Angestellten und Beamten des Stadt- und Landkreises Essen in ihrer Gesamtheit von 18 000 erheben hiedurch einmütig ihre Stimme, um gegen das ungerechtfertigte Vorgehen der Ententeregierungen zu protestieren. Sie billigen den Entschluß der deutschen Regierung, nichts zu unterschreiben, was über die Kraft des deutschen Volkes geht. Sie sind nicht gewillt, auf ihre ureigensten Menschenrechte zu verzichten, und werden diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen wissen. Den Volksgenossen in dem besetzten Gebiet gilt unser warmes Gedenken.

Sozialistische Gegenbewegung.

Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (CGT.) in Paris ist zusammenberufen worden, um Stellung zu der Frage zu nehmen, ob ein Einverständnis zwischen den deutschen und den französischen Arbeitern angängig erscheint, um den Wiederaufbau in die Wege zu leiten.

In Ausführung des Wiener Konferenzbeschlusses der internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, am 13. März in allen Großstädten Europas Kundgebungen zu veranstalten gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter, gegen den Militarismus und für die allgemeine Umgestaltung der Friedensverträge ruft die Freiheit zu einer Reihe von Demonstrationsversammlungen für Sonntag auf mit der Tagesordnung: Die Forderungen der Entente und die Aufgaben des internationalen Proletariats.

In der Humanité wird eine in der Sitzung des Parteivorstandes der kommunistischen Partei gefaßte Resolution veröffentlicht. Hiernach soll in der Humanité, in der Kammer und in öffentlichen Versammlungen eine energische Propaganda zum Protest gegen die Kriegsgefahr entfaltet und ein Komitee der Wachsamkeit aus der Parteireinigung der Gewerkschaften und dem revolutionären Organisationen gebildet werden. Außerdem ist beschlossen worden, in kürzester Frist eine internationale Konferenz einzuberufen, um ein gemeinsames Vorgehen des französischen, deutschen, englischen und italienischen Proletariats herbeizuführen.

Die Regierungsbildung in Preußen.

In den gestrigen interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist die von der sozialdemokratischen Fraktion gewünschte Wiederherstellung der alten Koalition nicht gelungen. Zentrum und Demokraten hielten den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für unbedingt erforderlich. Da dies die Sozialdemokraten ablehnten, kannte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird voraussichtlich von der Möglichkeit des § 159, Absatz 2, der preußischen Verfassung Gebrauch machen und das bisherige Kabinett die laufenden Geschäfte weiterführen lassen, bis zur endgültigen Bildung einer neuen Koalition, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. — Der heute zusammentretende Landtag wird sich nur mit der Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten befassen. — Laut L. A. hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Anregung der Deutschnationalen zur Bildung einer rein bürgerlichen Regierung in Preußen dahin beantwortet, sie sei bereit sich an einer Koalition auf möglichst breiter Grundlage zu beteiligen.

Die Lage in Rußland.

Die Revaler Zeitungen melden übereinstimmend, daß die Kronstädter Revolutionäre sich der Festung Krasnaja Gorka bemächtigt haben, deren Garnison zu der provisorischen Regierung in Kronstadt übergegangen sein soll. Die Kronstädter Matrosen haben die funkentelegraphische Verbindung mit Wiborg wieder hergestellt und die Garnisonen des Petersburger Bezirks drahtlos aufgefordert, den Kampf gegen die bolschewistischen Bedrücker aufzunehmen, der ein Kampf für die bürgerliche Freiheit und die russische Konstituante sei. Sie teilen ferner mit, daß das Ismailowsky-Regiment, das älteste Regiment der russischen Garde, zu den Aufständischen übergegangen ist. Der revolutionäre Rat in Kronstadt verkündet als sein Programm: 1. Einberufung einer neuen konstituierenden Versammlung, 2. Gewährleistung der persönlichen und politischen Freiheit für alle Bürger, 3. Weigerung, mit der Räteregierung zu verhandeln.

Wie aus Wiborg gedrahtet wird, hat ein Teil der Kronstadter Flotte Marinetruppen gelandet, die die Bolschewisten aus den kleinen Hafen Oranienbaum vertrieben und sich in den Besitz des Hafens gesetzt haben. Andere Einheiten der Kronstadter Flotte, darunter mehrere Torpedoboote und Torpedobootszerstörer, sind in die Newamündung eingelaufen. Auch sie landeten in Petersburg Marinetruppen, die in den Straßen mit roten Truppen ins Gefecht kamen. Die Hauptkräfte der roten Truppen stehen augenblicklich in der Gegend von Catschina, wo sich auch Trotzki und das bolschewistische Oberkommando befinden. Der antibolschewistische Charakter der Truppenmeutereien in Pskow hat sich inzwischen bestätigt.

„Nordista Preß Centralen" meldet aus Helsingfors, daß Krasnaja Gorka zu den Aufständischen übergegangen ist. Schüsse werden zwischen der Festung und einem Panzerzug, der in Oranienbaum eingetroffen ist, sowie zwischen dem letztgenannten Ort und Kronstadt gewechselt. Es sind Versuche gemacht worden, die Teilnehmer der Militärkurse zum Angriff zu bewegen, aber diese Versuche hatten keinen Erfolg. Ausländische Kuriere düsen Petersburg nicht verlassen. Einige Truppenteile in Moskau, Peterhof, Oranienbaum und Koporje haben sich gleichzeitig mit der Garnison von Krasnaja Gorka dem Aufstand ausgeschlossen. Die Garnison Pskow hat sich geweigert, gegen Kronstadt zu gehen.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge hat das Artilleriefeuer in Kronstadt vorgestern abend nach 9 Uhr wieder zugenommen. Es wurde mit schwerer Artillerie geschossen. Im Laufe des Montags wurde in Kronstadt eine Anzahl Personen getötet. Nach glaubwürdigen Meldungen aus Terijoski ist die Festung Krasnaja Gorka in den Händen der Bolschewisten. Die Meldung, daß eine finnische bolschewistische Kompagnie während des Versuches, über das Eis zu gelangen, vernichtet wurde, bestätigt sich.

Nach aufgefangenen Funkspruchen hat die Sowjetregierung zu außerordentlichen Straßmaßnahmen gegriffen, um den Aufstand niederzuwerfen. Massenhinrichtungen und Einziehungen des Eigentums der Bauern, die dem Einberufungsbefehl nicht Folge leisten, sind an der Tagesordnung. Die jungen Bauern leisten in den Dörfern der Sowjetregierung offenen Widerstand. Die Desertionen nehmen beständig zu. Die Soldaten verlassen die rote Armee aus Furcht vor der Bevölkerung.

Nach den in London eingetroffenen letzten Meldungen sollen Trotzki und Sinowjew ihr Hauptquartier in der Peter Pauls-Festung aufgeschlagen haben, wohin auch General Brussilow berufen worden sei, der zum Oberbefehlshaber ernannt wurde.

Nach den letzten Meldungen wurden die Aufstände in Moskau durch äußerst strenge Maßnahmen unterdrückt. Die Regierung glaubt sich in Moskau genügend gesichert, um einen Teil dieser Truppen nach Petersburg abmarschieren zu lassen, wo jetzt Streiks herrschen sollen.

Deutsches Reich.

Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung beträgt der Zugang an beschlagnahmten Waffen im Februar 4 Geschütze, 18 191 Gewehre, 1077 Pistolen, 4219 Handgranaten. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind bisher 484 936 Gewehre eingezogen worden.

Die Wehrkammer. Im Wehrausschuß wurde gestern die Beratung des Reichswehrgesetzes in erster Lesung beendet und mit der zweiten Lesung begonnen. Die Gestaltung der Wehrkammer soll einem besonderen Reichsgesetz vorbehalten werden, dessen baldige Vorlegung gefordert und von der Regierung zugesagt wurde.

Auslands-Rundschau.

Rücktritt des tschechischen Finanzministers. Blättermeldungen zufolge hat der Finanzminister Dr. Engliš sein Rücktrittsgesuch eingereicht und ohne dessen Erledigung abzuwarten sich auf ständigen Urlaub nach Brünn begeben. Grund zum Rücktritt des Finanzministers ist die geplante Ausgabe neuer Kassenscheine, gegen die sich Dr. Engliš mit allen Kräften gesträubt hat, um eine weitere Banknoteninflation zu verhüten.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Vergewaltigungen.

Duisburg, 10. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die Verladung der Kohlen in Ruhrort untersteht seit **Dienstag der Kontrolle der alliierten Offiziere.** Der Kohlenzechenverband wurde von einzelnen französischen Infanterie- und Maschinengewehrabteilungen besetzt.

Neuer polnischer Schwindel.

Riga, 10. März. (Eig. Drahtnachricht.) Der Rigaer Sonderberichterstatter der Dena drahtet, daß von polnischer Seite im Hinblick auf die Abstimmung in Oberschlesien die **Meldung verbreitet wird, der russisch-polnische Frieden werde bis zum 20. März unterzeichnungsfertig sein.** Das ist Schwindel. Wie der Denavertreter von bestunterrichteter Seite erfährt, entspricht dies nicht einmal den Tatsachen, da wichtige Fragen, wie die der Goldentschädigung usw. noch ungeklärt sind.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Hallesche Pfännerschaft A.-G. in Halle.

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir in Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen folgendes:

Wir haben uns im Geschäftsbericht 1919 ausführlich über die betrieblichen Schwierigkeiten verbreitet, die in diesem Geschäftsjahr auf unseren Werken bestanden und die zu dem in das Berichtsjahr 1920 übernommenen Verlust geführt haben. Diese Schwierigkeiten sind im wesentlichen überwunden worden. Im Juli 1920 ist die neue Kohlenförderbahn auf unserem Niederlausitzer Werk, deren Fertigstellung durch die Revolutionsfolgen von Februar 1919 bis Jahresmitte 1920 verzögert worden ist, endlich dem Betrieb übergeben worden. Die Bahn führt in Großraumförderwagen auf Abraumspur die gesamte Rohkohlenförderung aus unserem Tagebau der Brikettfabrik und der Bahnumschlagstelle zu. Durch die fast unbegrenzte Transportleistung der neuen Förderbahn gegenüber dem früheren unzulänglichen und bis an die Leistungsgrenze bereits ausgenutzten Seilbahnbetrieb ist es überhaupt erst möglich geworden, neben der bisherigen Brikettierung der Braunkohle auch den Rohkohlenversand von unserem Werk aus aufzunehmen. Unsere gesamte Niederlausitzer Kohlenförderung ist nach Inbetriebnahme der Förderbahn um etwa 50 Prozent erhöht worden. Die Mehrförderung hat wegen der guten Eignung der Rohkohle für direkte Befeuerung auch glatten Absatz gefunden.

In gleicher Weise weist die Jahresförderziffer unseres Braunkohlen- und Brikettwerkes Pfännerhall eine Steige-

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung", Freitag, 11. März 1921. Inhalt: Das Geheimnis des Schränkchens. Roman von Stevenson. — Der alte Hund an seinen Sohn. Von Schellenmorits. — Der Dichter und das Mädchen. Von Hans Bauer. — Die letzte Gavotte. Von Karl Demmel. — Die Wahrheit. Von Gustav Hochstetter. — Halle in der Zeit der aufkommenden Romantik. Von Josef Nadler. — Literatur.

Berliner Theaterpublikum.

Von

Margarete Heilmann.

(Nachdruck verboten.)

. . Wenn sich der Strom nach unserer Bude drängt
Und mit gewaltig wiederholten Wehen
Sich durch die enge Gnadenpforte zwängt,
Bei hellem Tage, schon vor Vieren,
Mit Stößen sich bis an die Kasse ficht
Und, wie in Hungersnot, um Brot, an Bäckertüren
Um ein Billett sich fast die Häuse bricht . . .

So war's zu Goethes Zeiten, und so ist's heute noch! Schon lange vor Vieren — nicht am hellen Tage, sondern in der Nacht! — entsteht der Kopf der Schlange vor dem Opernhause, die in wenigen Minuten meterlang anwächst.

Doch das Publikum ist ein anderes geworden. Wenigstens in den meisten Theatern. Freilich, in den Bühnen mit Stars (wie Ballenberg, die Mayrisch, die Niese oder Arnold Rieck) bilden immer noch die Berliner Mädels mit ihren „Herren" und Fremde aus der Provinz den größten Teil der Zuschauer.

Das große Schauspielhaus und die Volksbühne haben ihre Abonnenten, — allerdings nicht mehr wie früher: Lehrer, Beamte usw. mit ihren Familien, — sondern viele wohlhabend gewordene Gemüsefrauen, Bäcker, Portiers. Unser Portier hat auf seine Portion im Zirkus die Oreste und Elektrastraße serviert bekommen, in der Volksbühne das Käthchen und Nach Damaskus. Er führt gern literarische Gespräche mit mir, wenn er die Bettkarten ablesert und gibt mir dann wohlmeinend Tips über den Wert der Stücke, die er gesehen hat.

Vom Drama des Aeschylos wußte er nicht mehr zu sagen, als daß ihm der „echt römische Stil" imponiert hätte. Justitia hat ihn aber sehr interessiert: „Det is wat Feines, det Wasser is mich im Munde zusammengeloofen, wenn die ihre Zieten machen. . . ."

Aus „Nach Damaskus" kam er ganz ratlos zurück. „Meene Olle sagt, det is wat Italienisches wie im vorrichten Jahr der Nathan . . . det passelt se eben besser . . . Aber wie wir det Käthchen gehört ham, wo et immer heeßt: Hoher Herr! — det war mee Fall . . . Wenn man so sieht, wie de Leetber ihm nachloofen, bis det se ihm haben . . ."

So verehrend wirkt die Volksbühne!

Beim Publikum des Deutschen Theaters und der Staatsbühnen ist die Umwälzung am auffallendsten, die wir unter anderen glorreichen Errungenschaften der Revolution verdanken: wer früher unten saß, geht jetzt hoch oben hin, und viele einstige Stammgäste der Galerie sind nach dem ersten Rang gewandert. Die Studenten werden wenig begünstigt: bei den Staatsbühnen werden täglich von den vielen Tausenden sieben fürs Schauspielhaus und siebenundzwanzig für das Opernhaus ausgelost, die die Verbilligung von ganzen 30 Pfennig für die Karte genießen! Und einige andere Berliner Theater gestatten den Studenten, an der Abendkasse (wenn noch Billets vorhanden sind!) gegen Vorzeigung eines Ausweises Plätze über 10 Mark zu kaufen, wobei eine Mark Ermäßigung gewährt wird. Aber wie wenige unter den Studenten können über 10 Mark fürs Theater ausgeben!

Bei „Cäsar und Kleopatra" hielt der eine meiner Nachbarn Hofmannsthal für den Verfasser, weil er in der Blättern des Deutschen Hauses fett gedruckt war, — der andere sagte beharrlich Kleopätra und erklundigte sich, ob Shakespeare die es Stück ganz historisch bearbeitet hätte! . . .

Das amüsanteste und exzentrischste Publikum sah ich bei der Premiere von „Salome": Die Damen in wundervolle, allerdings etwas knappe Stoffstroden gekleidet. Und sie bewiesen sogar Stilgefühl: wie Salome waren sie in Schleier gehüllt, bis sie zum Teil in der Garderobe abwarfen. Wie Goethes Direktor sagt:

„Die Damen ge en sich und ihren Putz zum Besten
Und spie.en ohne Gage mit . . ."

Randbemerkungen eines Ungläubigen.

Von

Paul Alexander Schettler.

(Nachdruck verboten.)

Vor lauter Genies in der neuen Kunst scheinen die Talente auszusterben.

Der Wahlspruch mancher heutigen Künstler scheint zu sein: Erlaubt ist, was mißfällt.

•

Von allen Kunstepochen ist die jüngste immer die unsterblichste.

•

Unverstandene Kunst gleicht den unverstandenen Frauen: Sie fühlen sich sofort verstanden, wenn man sie schon interessant findet.

•

Der Klexpressionismus wäre schon längst überholt, so gestand mir neulich ein Maler, wenn es nicht so schwer wäre, für neue Richtungen immer wieder neuen Namen zu finden.

•

Die künftige Kunstkritik hat von der modernen Kunst gelernt; auch sie fängt an, wo das Verständnis aufhört.

•

Es geht ein religiöser Zug durch die neue Kunst; man merkt's an den Preisen.

•

In Ideen mangelt es ihnen nicht, den Jungen; es ist gerade, als ob jeder einen Einfalls-Pinsel mit sich herumtrüge.

•

„Den guten Ton" verlangt der moderne Komponist heute vom Publikum. Früher war's umgekehrt.

•

„Sie nennen sich Kunsthändler und verhökern nur diese Unkunst!" sagte ein Käufer zu einem Händler.

„Glauben Sie, daß es keine Kunst ist, das Zeug an den Mann zu bringen?" erwiderte dieser.

•

Einst machte der Dichter viel aus einem Nichts; heute liegt das dem Kritiker ob.

•

Der politische Künstler: Rede, Künstler, bilde nicht!

•

Hamlet als Zuschauer im neuen Drama: Sinn oder nicht Sinn, ist hier die Frage.

•

Mensch sein ist alles.

•

Die Kunst der Reklame wird heute noch am meisten „gelernt".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210310030/fragment/page=0002